

– Es gilt das gesprochene Wort. –

## **100 Jahre Deutschland – 100 Jahre SoVD**

### **Rede Professor Dr. Guido Knopp, 23. Mai 2017**

(Grußformel)

100 Jahre Reichsbund, 100 Jahre SoVD – das sind 100 Jahre deutsche Geschichte, die es in sich hatten. Und es trifft sich, dass Ihr Jubiläum auf den 23. Mai fällt, den Tag unseres Grundgesetzes. Es beginnt, wie wir wissen, mit den Worten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Im ersten Drittel jener 100 Jahre gab es Zeiten, die die Menschenwürde in den Schmutz gezogen haben. Es begann mit einem Krieg, von dem an dessen Anfang niemand ahnte, wie fürchterlich er werden würde. 1914 bis 1945 – der Dreißigjährige Krieg des 20. Jahrhunderts.

Es zählt zu den Legenden der Geschichte, dass die Menschen jubelten im Sommer 1914, dass naive Massen den ersehnten Weltenbrand begrüßten als den Ausbruch aus den Zwängen der Epoche, die als lähmend, ja als langweilig empfunden wird. Der Krieg soll die Erlösung bringen, Erlösung vom Elend der Normalität. Thomas Mann empfand in jenen Tagen, ich zitiere,

„Reinigung, Befreiung, eine ungeheure Hoffnung“. Und der Schriftsteller Ernst Jünger schrieb:

„Der Krieg hat uns gepackt wie ein grandioser Rausch.“ Das alles gab es nicht nur in Berlin, es gab es in Paris, in Wien, in St. Petersburg und anderswo. Augusterlebnis nannten das die Zeitgenossen später in ergriffener Erinnerung. Die Bilder, die wir kennen, zeigen das. Sie zeigen aber nicht das Gegenteil, das es genauso gab: Selbst in Berlin hielt sich jenseits der großen Boulevards die Begeisterung in Grenzen. Viele Frauen mit verweinten Gesichtern sah ein Augenzeuge, der Ernst und Bedrücktheit erkannte. Wohl gebe es Unter den Linden Jubel und singende Gruppen. Doch in den Straßen dahinter seien die Menschen passiv. In Bayern und Baden erkannten Beobachter gedrückte Stimmung und große Betrübniß.

Und der kriegsbegeisterte Schüler Heinrich Himmler notierte angewidert in sein Tagebuch: „Ganz Landshut ist voll schluchzender und weinender Menschen.“

Wer war schuld an diesem Krieg? Jahrzehntelang war es Historical Correctness, nur dem Deutschen Reich allein die Kriegsschuld aufzuerlegen. Doch die leichtfertigen Bösewichter dieser Tage finden sich nicht nur im preußischen Berlin, sie finden sich in Wien, in Belgrad, in St. Petersburg und in Paris. Sie waren in der Tat nicht nur, wie der australische Historiker Christopher Clark beschreibt, wie Schlafwandler, die in den Krieg geschlittert sind, sie waren auch wie Zauberlehrlinge, die all die Geister, die sie selbst gerufen hatten, nicht mehr bannen konnten. Krieg galt in Europa damals noch als legitimes Endmittel der Politik.

Und jede Macht hat jederzeit mit einem großen Krieg gerechnet. Aber keine wusste nach jahrzehntelangem Frieden, was moderner Krieg bedeuten wird. Die schwache deutsche Politik nach Bismarck war nicht in der Lage, sich die wirklich mächtigen Verbündeten zu schaffen. Weder Reich noch Kaiser waren reif genug für einen überlegten Umgang mit der Macht. Es war ein Reich, das eigentlich zufrieden in sich hätte ruhen können. Doch es neigte zu Extremen, und es kannte weder Maß noch Mitte. Dank der Mittellage hatte es, noch ohne England, mindestens mit zwei potenten Kriegsgegnern zu rechnen: Russen und Franzosen. Schon seit Jahren spielten deutsche Militärs mit der Idee, Frankreich präventiv zu schlagen – ganz egal, ob das politisch weise oder dumm war. Der verhängnisvolle sogenannte Schlieffenplan sah apodiktisch vor, zuerst den Feind im Westen und dann Russland zu besiegen – Illusionen eines pubertären Nationalstaats, der sich schlicht und einfach überschätzte. Denn er war zu groß für das harmonische Konzert der Mächte in Europa und zu klein, um über sie zu herrschen. Deutschland, die verspätete Nation, fühlt sich von seinen Nachbarn eingekreist.

Tatsächlich hatte es sich selber ausgekreist. Die Folgen sind bekannt. Der Sturmangriff gegen Westen endet bald in einem mörderischen Grabenkrieg. Der übertrifft an Grausamkeit, an menschlicher Verrohung, selbst die schlimmsten Ahnungen. Hier wird die Saat gelegt für eine Zeit, in der der Mensch als Material gilt, nicht als Individuum. Der Erste Weltkrieg ist das Schlangenei des Zweiten.

Frühjahr 1917. Deutschland hungert. Die alliierte Seeblockade hatte mit der Zeit dafür gesorgt, dass keine Waren übers Meer in das kriegsführende Reich gelangen konnten. Das führte insbesondere in den großen Städten Norddeutschlands zu einer Hungerkatastrophe. Die Rationen der Zivilbevölkerung lagen dort bei gerade einmal 1 200 bis 1 300 Kalorien – zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Vor allem für die Kriegsbeschädigten und die Kriegerwitwen, deren finanzielle Grundversorgung skandalös war.

Die Gründung einer starken Organisation der Kriegsbeschädigten, sie war im dritten Kriegsjahr überfällig. Über 13 Millionen Männer dienten im gesamten Ersten Weltkrieg als Soldaten. Von ihnen fielen oder starben, auch an kriegsbedingten Krankheiten, über zwei Millionen. Dazu kamen über viereinhalb Millionen mehr oder minder schwer Verwundete, Beschädigte. Der Dank des Vaterlandes fiel bescheiden aus. Die Versorgung war in hohem Maße unzulänglich.

Es waren insbesondere Sozialdemokraten, die das ändern wollten. Männer wie Erich Kuttner, Redakteur der SPD-Zeitung „Vorwärts“, gründeten vor genau 100 Jahren am 23. Mai 1917 hier in Berlin den Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten – bewusst nicht als eingetragenen Verein, um nicht unter die Aufsicht der Justiz zu geraten. Der wilhelminische Obrigkeitsstaat hatte etwas gegen Kriegsteilnehmer, die in ihren Augen freche Forderungen stellten.

Es ging den Gründervätern dieses Bundes nicht allein um bessere soziale Leistungen – Sie wollten die Erkenntnis dessen, was moderner Krieg bedeutet, jetzt und künftig wachhalten. Und sie verlangten eine Politik, die rasch zum Frieden führt. Der war im Jahre 1917 längst schon überfällig.

All das aber widersprach dem Ziel der Militärbehörden, auch die sogenannte Heimatfront, ein Wort, das damals erst entstand, an der Kandare zu halten. So kam es in den nächsten Monaten zu einer Kette von behördlichen Schikanen gegen den Bund, dem es gleichwohl gelang im ganzen Reich bis Ende 1917 5 000 neue Mitglieder zu gewinnen. Und der sich im April des Jahres 1918 auf seinem allerersten Bundestag in „Reichsbund“ umbenannte, der bereits im Jahr darauf schon 100 000 Mitglieder in 750 Orten zählte.

Doch noch immer hungerte das Volk, und bei den Arbeitern erhoben sich jetzt Forderungen nach dem Sturz der Monarchie, die morsch geworden war. Noch immer aber hielt sich an der sogenannten Heimatfront die Illusion von einem Frieden ohne jegliche Verluste.

Doch in Wahrheit war das deutsche Heer am Ende, und die Generäle wussten das. Der Feldherr Ludendorff, im Felde längst besiegt, verlangt am grünen Tisch verzweifelt jenen Frieden, den er den Politikern, die in die Pflicht genommen werden, später vorwirft. Während deutsche Demokraten die Kastanien aus dem Feuer holten, allesamt aus freien Stücken, bastelte der Militärdiktator außer Diensten im neutralen Schweden – denn dorthin hatte er sich geflüchtet – längst an einem bösen Märchen: an der Lüge von den roten Strolchen, die das tapfere, im Felde unbesiegte Heer angeblich hinterrücks gemeuchelt hätten – der Dolchstoßlegende. Und während Lenin noch in Russland höhnte: „Wenn die Deutschen auf dem Bahnhof eine Revolution machen wollen, kaufen sie sich vorher eine Bahnsteigkarte“, da geschah das Unerhörte: eine deutsche Revolution.

Die Revolutionäre kauften keine Bahnsteigkarten, aber sie plädierten mehrheitlich am Ende nicht für eine Rätediktatur, sondern für ein Parlament und freie Wahlen. Wenig revolutionär, doch demokratisch.

Auch der Reichsbund, der nun frei von staatlichen Schikanen operieren durfte. Bei den neuen Männern, die das Reich nunmehr regierten, fand er offene Ohren. Doch das Land war praktisch pleite, und die Ministerialbürokratie übt sich in hinhaltendem Widerstand.

Gleichwohl entwickelt sich der Bund rasant. Im März des Jahres 1920, nur drei Jahre nach der Gründung, hatte er bereits 651 000 Mitglieder. Und trotz der schweren Lasten, die der sogenannte Friede von Versailles diktierte, erreichte es der Reichsbund, dass die Kriegsoffer nun nicht mehr nur die Almosenempfänger eines gnädigen Staates waren, sondern einen Rechtsanspruch auf halbwegs angemessene Versorgung hatten. Und dass mindestens versucht wurde, auch den Verletzten Arbeit zu geben. Das neue allererste Reichsversorgungsgesetz war allerdings ein Kompromiss und ein Indiz dafür, wie arm das Land durch den von ihm geführten Krieg geworden war.

Deutschlands neue erste Republik trug schwer an diesem Erbe. Denn der Friede von Versailles gab den Besiegten die Alleinschuld an fast allem. So geriet Versailles zum Sinnbild für das Böse, und es barg den Todeskeim der Republik. Die Weimarer Verfassung war das gut gemeinte Werk von Idealisten. Denn sie ging von der Prämisse aus, der Mensch sei gut. Das ist er aber nicht allein. Er möchte es zwar gerne sein, doch oft misslingt es ihm.

Zwangsläufig scheitern aber musste Weimar nicht. Eine andere internationale Lage, eine andere ökonomische Entwicklung hätten es der Republik erleichtert, ihre Bürden zu ertragen

und sie nach und nach ganz abzuwerfen. Für die Deutschen damals aber wirkten die Bedingungen der Sieger wie ein Schock. Sie maßten Versailles an den maßvollen 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Wilson – und empfanden diesen Frieden als Verrat, ja als verletzendes Diktat. Versailles war die Bombe im Keller von Weimar. Der Frieden war zu mild, um ein Erstarren Deutschlands zu verhindern, und zu hart, um den Wunsch nach einer Revision zu ersticken. Und so behielt der französische General Foch auf gespenstische Weise recht, der nach der Unterzeichnung des Vertrages prophezeite, dieser Frieden werde gerade einmal 20 Jahre halten.

Zunächst stand Weimar selbst am Abgrund: Inflation und Ruhrbesetzung, Straßenkämpfe, Aufstände und Hitlerputsch – es schien, als ob das Land zerrissen würde. Die Rentenleistungen verloren durch die Inflation an Wert, und vielen Rentnern drohte die Verelendung. Natürlich musste auch der Reichsbund selber leiden. Die stolze Organisation, die noch im Spätherbst 1922 mehr als 750 000 Mitglieder umfasst hatte, sie schrumpfte bis zum Februar des Jahres 24 auf gerade mal ein Drittel.

Von diesem Aderlass erholte sich der Reichsbund lange nicht. Erst Ende 1930 zählte er erneut knapp eine halbe Million Mitglieder. Vom Anfang bis zum Ende dieser Republik von Weimar aber war der Reichsbund ein treuer Verfechter der Demokratie.

In der kollektiven Erinnerung gelten die Jahre von 1924 bis 1929 als die Goldenen Zwanziger. Es ist die kurze Blütezeit von Weimar. Eine Scheinblüte. Für den auf Sozialleistungen angewiesenen Teil der Bevölkerung waren die Goldenen Zwanziger eher ärmlich. Immerhin gelang es 1927, ein Gesetz zur Arbeitslosenversicherung auf den Weg zu bringen.

Niemand ahnte, dass dieses kluge Gesetz nur ein paar Jahre später Makulatur sein würde. Und niemand ahnte, dass die Forderung der Schwesterorganisation, des Zentralverbands der Arbeitsinvaliden und Witwen, nach einer Dynamisierung der Renten erst 30 Jahre später, in einem anderen Staat, verwirklicht werden würde.

Nach kurzen Jahren der Erholung belastet die Weltwirtschaftskrise wiederum massiv die Rentenkassen. Schon vor 1933 kam es zu enormen Rentenkürzungen. Die Not der Betroffenen war groß. So erhielt eine Kriegerwitwe mit ihrer zwölfjährigen Tochter eine Monatsrente von gerade einmal 32 Mark. So sah der Dank des Vaterlandes aus. Dennoch stand der Reichsbund treu zur Republik und trat den Nazis offensiv entgegen. Und als im Frühjahr 1933 sein Ende drohte, entzog er sich durch Selbstauflösung einer würdelosen Gleichschaltung.

Es ist hier an der Zeit, einen der Gründerväter des Reichsbundes zu würdigen, vielleicht DEN Gründervater: Erich Kuttner, der als junger Redakteur des „Vorwärts“ mit enormer Energie dafür gesorgt hat, dass die Kriegsoffer eine eigene Vertretung erhielten. Er war selber Kriegsteilnehmer, schwerverletzt, er lag acht Monate im Lazarett, wo er erfuhr, dass seine Kameraden gar nicht wussten, was aus ihnen werden würde. Das war Anstoß für ein jahrelanges großes Engagement. Als die Nazis an die Macht kamen, emigrierte ER, der Jude war, nach Holland. Als Korrespondent wurde er im Spanischen Bürgerkrieg verwundet und ging zurück in die NIEDERLANDE. Dort spürte ihn im Frühjahr 42 die Gestapo auf. Ein

halbes Jahr darauf wurde Erich Kuttner im KZ Mauthausen ermordet. Einen solchen Mann zu seinen Vorkämpfern zählen zu dürfen – das gereicht dem Sozialverband Deutschlands zur Ehre. Ein Politiker und Publizist mit Mut. Erich Kuttner stand auf der guten Seite der deutschen Geschichte.

Für den Mann, von dem wir jetzt zu reden haben, galt das Gegenteil. Er war kein zwingendes, kein logisches Produkt der deutschen Zeitgeschichte. Hitlers Machtergreifung war in Wahrheit eine Machterschleichung. Denn obwohl es immer eher möglich war, dass es so kommen konnte, hat es nicht so kommen müssen.

Hätte er verhindert werden können? Jene, die ihm 33 möglich machten, trieben keine wirtschaftlichen Zwänge oder irgendwelche dunklen Mächte, sondern nur die eigene Schwäche, eigener Ehrgeiz, eigene Illusionen. Alle Aufpeitschung der Massen, aller rednerischer Aufruhr hätten Hitler nicht zu Macht verhelfen können. Die erhielt der Agitator erst durch das Intrigenspiel um einen altersmüden Präsidenten und durch das Versagen jener Kräfte, die die kranke Republik beschützen sollten.

Denn trotz aller inneren Verzagtheit wären Weimars Machteliten stark genug gewesen, um die Diktatur zu stoppen. Die demokratischen Parteien durch ein Nein zum Ermächtigungsgesetz; die Gewerkschaften durch einen Generalstreik; die Industrie durch finanzielle Renitenz; die Reichswehr durch die Drohung, ihre Macht auch anzuwenden. Miteinander hätte es gelingen können. Aber eine solche Anti-Hitler-Kommunikation fand niemals statt. Sie nahmen Hitler hin wie ein Verhängnis.

Bezeichnend für das Ausmaß der Verblendung war der Satz des Vizekanzlers Franz von Papen: „In sechs Wochen haben wir den Kerl so in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.“ Die Hugenburgs und Papens hielten diesen „Kerl“ so lange für den Trommler, den sie vor den Karren ihrer Herrschaft spannen konnten, bis er sie entmachtete hat.

Hitlers wahre Ziele hatte er schon ein paar Tage nach dem Machtantritt vor Reichswehr-Generälen offenbart: Er nannte es den Lebensraum im Osten. Keiner widersprach.

Als der Kriegsherr seinen Krieg entfesselt hatte, setzte er die Deutschen auf Entzug und tauchte in die karge Welt der Führerhauptquartiere ab. Und mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 war der Krieg tatsächlich sein Krieg, frei von jeder Bindung an die Zivilisation. Das sogenannte Unternehmen Barbarossa war der Hakenkreuzzug, den er immer schon gewollt hatte: Vernichtungskrieg und Massenmord nach Plan.

Es waren wenige, die sich dagegen wehrten, ihm ein Ende setzen wollten durch Tyrannenmord. Die einsamen Verschwörer wollten nicht nur ihre Ehre retten, sondern auch die Ehre eines Volks von Mitläufern. Die meisten hatten dem Regime am Anfang voll Begeisterung gedient, und manche waren in die Untaten verstrickt gewesen. Doch nun wollten sie der Welt beweisen, dass nicht alle hinter solchem Wahnsinn standen.

41 Attentats-Versuche oder -Pläne hatte es bereits gegeben seit dem Jahre 33 – alle waren sie gescheitert, zum Verzweifeln war das, und nun komme es nicht mehr darauf an, ob man erfolgreich sei, erklärte Henning von Tresckow, der Kopf der Verschwörung, sondern nur

noch darauf, dass der deutsche Widerstand den Schritt zur Tat gewagt hat, um vor der Geschichte zu bestehen.

Oft ist gefragt worden, ob es denn überhaupt etwas genutzt hätte, wenn die bewusste Bombe unterm Kartentisch der Wolfschanze im Juli 44 ihr Zielobjekt zerrissen hätte. Die bedingungslose Kapitulation stand ja längst fest, genauso wie die Aufspaltung des Reiches in Besatzungszonen, die brutale Amputierung Ostdeutschlands und die Vertreibung seiner Menschen – all das stand schon fest, gewiss. Und dennoch wäre, beim Gelingen dieses Attentats, der Krieg beendet worden, so oder so. Dann aber hätten Millionen von Soldaten an den Fronten in Europa nicht mehr sterben müssen; allein auf deutscher Seite sind zwischen Juli 44 und Mai 45 mehr Menschen umgekommen als in allen fünf Kriegsjahren zuvor. Dann wären Hunderttausende von Opfern des Regimes nicht mehr ermordet worden – denn der Holocaust erreichte erst im Sommer 44 seinen fürchterlichen Höhepunkt. Dann wären über 130 unzerstörte Städte, Würzburg, Dresden, Mainz und viele andere, nicht mehr vernichtet worden. Ein gelungener Tyrannenmord, er hätte seinen Sinn gehabt.

So aber ging das Morden weiter. Und am Ende hätte Hitler auch sein eigenes Volk am liebsten mitgenommen in den Untergang. Das zumindest hat er nicht geschafft.

Stichjahr 1945: Jene, die das schreckliche Geschehen überlebten, fanden keine Zeit für Tränen.

Nichts als weiter überleben wollten sie. Noch Hunderttausende verhungerten in diesem Schicksalsjahr – gefangene Soldaten, alte Menschen, Kranke. Ein Mann wie Konrad Adenauer sah, so schrieb er es im Jahre 45, „unser Volk zugrunde gehen – langsam, aber sicher.“

Doch der alte Herr aus Rhöndorf hatte seine Deutschen unterschätzt. Sie streckten Leberwurst mit Holz, sie bückten sich nach Amikippen, fälschten Fragebögen, tauschten Silber gegen Butter, schlugen wegen Brennholz Wälder kahl und schneiderten aus abgelegten Fahmentüchern Blusen.

Dennoch war die Not der Menschen groß. Über fünf Millionen Soldaten hatten ihr Leben verloren. Anderthalb Millionen galten als vermisst. Der Bombenkrieg auf deutsche Städte hatte 600 000 Opfer gefordert, Flucht und Vertreibung wohl 1,7 Millionen. Und die Überlebenden, sie drängten sich zusammen, im zerbombten ruinierten Westdeutschland, das aufgeteilt war in Besatzungszonen. Die Alliierten wollten den besiegten preußisch-deutschen Militarismus, wie sie's nannten, ausrotten mit Stumpf und Stiel – und bezogen das auch auf die Kriegsopfervverbände. Die Rentenzahlungen an Witwen und an Kinder von getöteten Soldaten wurden etwa 1946 in der britischen Besatzungszone zeitweise eingestellt. Das löste enorme Verbitterung aus, und SPD-Chef Schumacher erklärte: „Es ist, als ob man diejenigen als Kriegsverbrecher behandeln will, die in Wirklichkeit Kriegsopfer sind.“

Natürlich gab es schon gleich nach dem Krieg Bestrebungen von früheren Reichsbund-Leuten, die Organisation zum Beispiel in der britischen Besatzungszone wiederzubegründen.

Das wurde etwa in Dortmund von der dortigen Militärbehörde unter Androhung des Militärgerichts verboten.

Es war fast schon skurril, dass es Militärbehörden waren, die sowohl bei der Gründung 1917 als auch bei der versuchten Wiedergründung 1945 dem Reichsbund Steine in den Weg zu legen suchten – aus ganz unterschiedlichen Motiven. Dennoch machten sich in manchen Orten Reichsbund-Leute an die praktische Arbeit, ohne die Besatzungsmacht groß um Erlaubnis zu fragen. Und in Schleswig-Holstein war die Lage interessanterweise leichter – dort gab es auch schon 1945 wieder eigene Ortsgruppen des Reichsbundes, auch unter diesem bei den Alliierten mancherorts verpönten Namen. Und am 1. September 1946 kam es dort auch zur Verschmelzung von Reichsbund und Rentnerverband unter dem Namen Reichsverband der Sozialrentner, Körperbehinderten und Hinterbliebenen. Ende November galt dieser Zusammenschluss dann für die ganze britische Besatzungszone – unter dem traditionsreichen Namen Reichsbund. Am Ende stand dann 1949 der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen. Letzten Endes war es doch die Selbstaflösung 1933, welche einen glaubwürdigen und unbelasteten Neubeginn ermöglichte.

Leider kam es in der Nachkriegszeit zur Spaltung der Kriegsopferverbände. Am Ende verblieben im Reichsbund zuerst nur die Landesverbände der britischen Besatzungszone, während andere dem VdK beitraten. Die bedauerliche Spaltung, sie besteht bis heute.

Der Name des Verbandes, Reichsbund, suggerierte noch das unteilbare Deutschland. Dessen Teilung aber wurde mehr und mehr zur Wirklichkeit. Und als sich 1949 dann sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik begründeten, war der Osten Deutschlands außen vor. Nun ging es um soziale Politik in der jungen zweiten Republik. Adenauer wurde bald zu deren erster prägender Figur. Das von ihm forcierte innere Grundgesetz der alten Bundesrepublik, die Westbindung, stand ernsthaft nie infrage. Wenn ihm seine Gegner vorhielten, die Westbindung vertiefe doch die Spaltung der Nation und komme einer Preisgabe der deutschen Einheit gleich, so konterte der Kanzler, nur in Freiheit sei die Einheit akzeptabel. Nur ein starkes Bündnis werde die Sowjetunion bewegen, eines Tages auch den Osten Deutschlands preiszugeben. Zwar erstarrte diese Hoffnung mit den Jahren zur Rhetorik. Und es war schon richtig, dass der rheinländische Katholik in seiner Zuneigung zu Preußen schon zu Weimars Zeiten auf dem Wege nach Berlin spätestens bei Magdeburg im Zug die Vorhänge zuzog – denn Ostelbien war für einen Kölner wie Sibirien. Doch der Weg zur Einheit 89/90 hat den alten Herrn bestätigt. Denn im Rückblick haben selbst die schärfsten Widersacher eingeräumt, die Westbindung des Konrad Adenauer war der Königsweg zur Einheit – auch wenn die Teilung so für mehr als eine deutsche Generation zur schmerzlichen Tatsache wurde.

Es war vielleicht die größte Tat des Gründungskanzlers, dass das zarte Pflänzchen Demokratie in Deutschland wieder heimisch wurde – auch ohne anfangs allzu viele Demokraten. Zwar kam die deutsche Demokratie im Jahre 1949 nicht vom Himmel hoch über uns her – sie war kein völlig unbekannter und exotischer Importartikel aus dem Schatzkästlein der Alliierten, der den Westdeutschen per Edikt verordnet wurde. Allen

Widerständen zum Trotz war die deutsche Demokratie auch ein gewachsenes Stück deutscher Geschichte.

Vom Hambacher Fest 1832 über die deutsche Nationalversammlung 1848, die Nationalversammlung 1919 und die Republik von Weimar, zu der der Reichsbund immer treu gestanden hat, bis hin zum Bonner Grundgesetz zieht sich gewiss kein mächtiger Strom. Oft war es nur ein dünnes Rinnsal. Doch das Wasser floss.

Als allerdings die Westmächte den Eingeborenen von Trizonesien eine neue Demokratie verordneten, sagten sie, nach den Erfahrungen der Diktatur, sich vorsichtshalber: Safety first. Und so hat unser Grundgesetz, auf das wir ja mit Recht so stolz sind, zwar die allgemein bekannten deutschen Eltern – 66 Väter und immerhin vier Mütter – aber eigentlich war es ein Baby aus dem Brutkasten der Westmächte - mit Uncle Sam als Taufpaten, mit Marianne als etwas zu spät gekommene Amme und dem Union Jack als Windel. Das Grundgesetz, die Magna Charta unseres nachkriegsdeutschen Daseins zwischen Bodensee und Flensburg, hatte keinen originären Mythos der Entstehung. Wohl auch deshalb war man froh, dass es gleichwohl so wohlgeraten funktionierte.

Es ist das eigentliche deutsche Nachkriegswunder, dass diesem Kunstgebilde Bundesrepublik in seinen Kinderjahren eine doppelte Integration gelang. Zum einen die Eingliederung von 13 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in einem ausgebombten ruinierten Land – eine auch im Nachhinein grandiose Leistung, die sich hinter der Gefahr sozialer Konflikte verbarg. Zum anderen die Integration der traumatisierten Kriegsgeneration. Möglich wurde dies vor allem durch den sagenhaften wirtschaftlichen Aufschwung jener Jahre, dem das Wort vom „Wirtschaftswunder“ angeheftet wurde. Aber der war alles andere als das. Denn seine Fundamente ruhten auf dem wirksamen Rezept von harter Arbeit und Verzicht. Und harte Arbeit nach der großen Katastrophe war die beste Therapie für das besiegte und besetzte und geteilte Volk. Millionen Menschen waren froh, herauszukommen aus dem Dreck, der da war, wollten von den schlimmen Jahren vorher nichts mehr sehen, nichts mehr hören, nichts mehr wissen – wie die drei berühmten Affen. Flucht in das Private – viele Bürger steckten ihre Energie ins eigene Vorwärtskommen, in den Aufbau der Familien. Überall im Lande feierte man Produktionsrekorde wie den millionsten Käfer. Unverfängliche Symbole eines neuen Selbstgefühls. Denn mit der Wirtschaft wuchs der Wohlstand. Mit dem Wohlstand auch die Liebe zum politischen System, das ihn geschaffen hatte.

Ausgeschlossen von alldem war lange eine große Gruppe – die Millionen Rentner. So lag das mittlere Niveau der Renten in der Bundesrepublik gemessen an den Löhnen und Gehältern in den frühen Fünfzigern bei gerade einmal 30 Prozent. Adenauer sah das – und aus Furcht, die Wahlen 1957 zu verlieren, machte er die Altersarmut offensiv zum Thema seines Wahlkampfes. Heraus kam die große Rentenreform – die Renten stiegen um über 60 Prozent.

Wahlspeck nannte Adenauer das. Der Erfolg war spürbar, denn zum ersten und einzigen Mal in der Geschichte der Bonner Republik errang eine Partei, die Union, die absolute Mehrheit.



Wichtiger als das war aber eine revolutionäre Änderung des Rentenrechts. Denn fortan war die Rente nicht mehr nur ein Zuschuss, sondern diente prinzipiell zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter – und wurde künftig an die Lohnentwicklung angepasst. In den folgenden zwölf Jahren stiegen auch die Renten in der Bundesrepublik um mehr als 100 Prozent. So kam das sogenannte Wirtschaftswunder mit Zeitverzögerung nun auch bei ihnen an – den Rentnerinnen und den Rentnern Deutschlands.

Und das, wem sag ich das, war nicht der einzige Erfolg des Reichsbundes – JA, nicht zuletzt des Reichsbundes: Es kam zu wiederholten Mehraufwendungen für Kriegsofopfer in dreistelliger Millionenhöhe, zu neuen Regelungen zur Beschäftigung von Schwerbehinderten und zu der Einführung des Körperbehindertengesetzes. Das war gute Lobbyarbeit.

Und das setzte sich dann in den nächsten Jahren fort. Mit dem Bundessozialhilfegesetz wurde 1961 eine dauerhafte Regelung für Hilfe in sozialen Notlagen gefunden. Und auch in den Jahrzehnten, die nun folgten, war der Reichsbund an so ziemlich allen sozialpolitischen Verbesserungen der Bundespolitik beteiligt. Ich trete dem Neutralitätsgebot des Reichsbundes sicher nicht zu nahe, wenn ich feststelle, dass die Siebzigerjahre, die Ären Willy Brandt und Helmut Schmidt, die goldenen Jahre des Verbandes waren. Die 100-Jahre-Festschrift nennt das fein zurückhaltend „das Jahrzehnt der Kontinuität“.

Brandts Kanzlerschaft bleibt in Erinnerung als eine Reihe großer Bilder – Szenen voller Emotionen wie der Kniefall von Warschau, wo er, der es nicht nötig hatte, auch für jene kniete, die es nötig hatten, aber nicht zu knien in der Lage waren.

Mit dieser schlichten Geste hat Willy Brandt einen Augenblick geprägt, der nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als alle Reden und Verträge für ein neues Bild von Deutschland in der Welt gesorgt hat. Denn er hat sich nicht hingekniet – ES hat ihn hingekniet.

Sein Dialog mit Moskau, Warschau, Ostberlin – er brachte ihm den Friedensnobelpreis ein. Zuhause wurde der Prophet geschmäht. So wie die SPD sich in den Fünfzigerjahren gegen Adenauers Westpolitik gewandt hat mit dem Vorwurf, diese zementiere Deutschlands Teilung, genauso wandte sich die CDU nun mit dem gleichen Vorwurf gegen Brandts Ostpolitik.

Der Verlauf der Geschichte hat nicht nur Adenauers Weg nach Westen Recht gegeben, sondern auch Brandts Weg nach Osten. Jahre später zeigte sich, dass beide Ziele sich zusammenfügten. Ohne das Vertrauen der Partner im Westen UND im Osten hätte es die deutsche Einheit nicht gegeben.

Nach dem Rücktritt Willy Brandts stand am Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt ein Erfolg den sich der Reichsbund mit auf seine Fahne schreiben konnte: Im Oktober 1974 wurden die Kriegsofopferrenten mit einem Schlag um rund 11,1 Prozent angehoben. Davon kann man heut' nur träumen.

Der neue Kanzler Helmut Schmidt war alles andere als ein Träumer. Legendär sein Satz „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehn“. Doch es wär zu kurz gedacht, den Kanzler nur als Manager und Macher in Erinnerung zu halten. Er war brillant und intellektuell,

pragmatisch und konsensfähig. Der Staat galt ihm stets mehr als die Partei, Prinzipien mehr als Popularität.

All das zeigt die Debatte um die Nato-Nachrüstung. Im Angesicht von Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion war Schmidt der geistige Vater des Nato-Doppelbeschlusses: Nachrüstung im Westen, aber auch Verhandlung mit dem Osten. Doch der Mainstream seiner eigenen Partei und die Protestbewegung in der Bundesrepublik, sie wollen etwas anderes. Ihr Friedensengagement in allen Ehren: Gerade Nachrüstung und Nato-Stärke waren mit entscheidend dafür, dass das Wettrüsten beendet wurde, dass der Ostblock nachgab und die deutsche Einheit möglich wurde.

Eigentlich war Helmut Schmidt der tüchtigste von allen Kanzlern – aber gerade darin lag die Tragik seiner Amtszeit. Henry Kissinger, sein Freund, hat es erkannt: „Die Geschichte“, schreibt er, „hat Schmidt übel mitgespielt, weil sie ihm nicht die wirklich große Chance gab, die seinem enormen Talent entsprochen hätte.“

Es war die Chance, die sein Nachfolger erhalten sollte.

Denn nun erntete der Kanzler aus der Pfalz die Früchte, die jetzt reif geworden waren. Er hatte Glück, im besten Sinne von Fortune. Denn, dass der Kalte Krieg am Ende überwunden wurde und dass Deutschland 89/90 neuvereint und frei geworden ist, das war ein unverhofftes Glück und eine Gnade der Geschichte.

Es war die Zeit, als plötzlich alles möglich war, was vorher unwahrscheinlich schien – als Diktaturen stürzten, Mauern fielen, als die Spaltung Deutschlands und Europas binnen eines wundersamen Jahres aufgehoben wurde und die Menschen, die all das erlebten, ihre überströmenden Gefühle in das Wort der Stunde fassten: WAHNSINN!

Heute, in der Rückschau, mag es manchem scheinen, dass der Weg zur Einheit eine Einbahnstraße der Geschichte war. Es habe einfach dazu kommen müssen. Aber das war nicht so. Denn der Weg zur Einheit war ein Lauf in Siebenmeilenstiefeln, und er war gelegentlich extrem gefährdet. Vieles hat so kommen können, aber keineswegs so kommen müssen.

Denn es gab enorme Widerstände: Briten und Franzosen waren lange Zeit dagegen; Gorbatschow ist bis zum Januar des Jahres 90 alles, um den Weg zur Einheit zu versperren – und ein Putsch in Russland hätte noch im Sommer 90 alles kippen können. „Deutschland einig Vaterland“ war deshalb „Deutschland eilig Vaterland“. Und wissen Sie, warum es letzten Endes klappte? Weil es nicht nur um die Einheit ging – es ging zunächst mal um die Freiheit, um das Recht auf Selbstbestimmung. Gegen eine staatliche Vereinigung der Deutschen konnte man sich in Europa damals wenden – auch aus Gründen der Geschichte oder der Balance der Blöcke. Gegen freie Wahlen, das verbriefte Recht auf Selbstbestimmung, nicht. Die Einheit war ein Kind der Freiheit ...

... und einer friedlichen Revolution – der ersten der deutschen Geschichte, die am Ende glückte. Der heiße Herbst des Jahres 89 hatte keine Märtyrer – nur viele Wendehälse.

Die gelenkigsten von ihnen stammten aus dem Westen. Jene, die noch im November 89 bremsen wollten, sind im Frühjahr 90 auf den unter Volldampf fahrenden Zug zur Einheit

aufgesprungen – manche, die sich später gern als Lokführer gebärdet haben oder wenigstens als Schaffner. Da sind viele prominente Namen drunter.

Dass das Ziel der Einheit sich am Ende durchgesetzt hat, lag auch an der Macht der Bilder. Der legendäre Besuch von Helmut Kohl in Dresden am 19. Dezember, die Bilder von der Öffnung des Brandenburger Tors an Weihnachten und vor allem die ekstatischen Bilder von der ersten gemeinsamen Silvesterfeier an der Mauer ließen in den Kabinetten der vier Mächte das mitunter resignierende Bewusstsein reifen: Gegen eine solche, offenkundig machtvolle Bewegung ist kein Kraut gewachsen. NUR der Ruf nach Einheit wäre wohl gescheitert. Aber weil er mit dem Ruf nach Freiheit, Selbstbestimmung, freien Wahlen untrennbar verknüpft war, hatte er Erfolg.

Doch entscheidend für all das war letzten Endes eins: die Panzer der Besatzungsmacht Sowjetunion – sie rollten diesmal nicht. Sie blieben in den Arsenalen.

Heute wird ja immer noch gelegentlich der Vorwurf formuliert, der ganze Einigungsprozess sei viel zu schnell vorangegangen, viel zu überstürzt, er hätte viel mehr Zeit gebraucht. Das ist natürlich ökonomisch richtig und politisch falsch.

Die bewusste Tür zur Einheit stand nur einen Spaltbreit offen und nur kurze Zeit. Schon im Dezember 1990 wäre manches schwieriger gewesen. Nach dem Sturz von Gorbatschow im Jahre 91 sowieso. Wir wissen heute, dass es schon im Jahre 1990 zweimal einen ersten Putschplan gegen Gorbatschow gegeben hat.

Einmal im September 90, kurz vor Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrages, und zuvor auch schon im Sommer. Generäle der Sowjetarmee, die in der DDR stationiert waren, planten Gorbatschow zu sich nach Wünsdorf einzuladen und dort zu verhaften. Das Ganze scheiterte daran, dass die anstelle Gorbatschows erkorene Galionsfigur des Putsches, der Marschall Sergej Achromejew, im letzten Augenblick Skrupel bekam und sich verweigerte. Ein Jahr später aber, im August des Jahres 91, zählte ebendieser Achromejew zu den Moskauer Putschisten. Und als dieser Putsch am Widerstand von Jelzin scheiterte, erschoss sich Achromejew – eine tragische Figur. Doch wenn der Putsch bereits im Sommer 90 stattgefunden hätte, hätten wir die deutsche Einheit wohl, vielleicht vergessen können. Denn der vielzitierte Mantel der Geschichte wehte nur ein kurzes Weilchen.

Wir, die Bürger des geeinten Deutschlands, haben ja nach solchem glücklichen Gelingen allen Grund für Dankbarkeit und Freude. Einheit, Freiheit, Frieden – diese lange unerfüllten Hoffnungen und Ziele sind zum ersten Mal erreicht. Zum ersten Mal zu gleicher Zeit. An unseren Grenzen stehen heute keine Gegner, keine Feinde, sondern Nachbarn, Partner, Freunde. Zum ersten Mal in der Geschichte sind wir jetzt umzingelt von Verbündeten.

Noch vor 30 Jahren waren für die Deutschen nicht nur Polen oder Ungarn oder Tschechen potenzielle Kriegsgegner, sondern für die Hessen auch die Thüringer, für die Bayern auch die Brandenburger. Und sie hätten aufeinander geschossen, wenn man es ihnen befohlen hätte.

Noch vor 30 Jahren waren wir das potenzielle Schlachtfeld eines atomaren Krieges, der uns Gottseidank erspart geblieben ist – ein Glück und eine Gnade der Geschichte.

Im Prozess zur deutschen Einheit wurde letzten Endes eines klar: Europa funktioniert nicht ohne das geeinte Deutschland. Und genauso wenig ist auch Deutschland ohne das Bekenntnis zu Europa überlebensfähig. Denn Europa ist trotz alledem so notwendig wie nie, trotz aller Mühen und Probleme. Wir, die Europäer, sind am Ende alle aufeinander angewiesen, ob wir wollen oder nicht. Wir sitzen allesamt in einem Boot. Wie gut die Solidarität an Bord ist – das entscheidet über unsere Zukunft in der Welt.

Und Solidarität – das ist ein Wert, den Ihr Verband von Anfang an gelebt hat. Was bedeutete die Einheit für den Reichsbund? Er begründete die neuen Landesverbände Mitteldeutschland, Berlin/Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Er konnte mit seiner sozialpolitischen Arbeit wichtige Erfolge erzielen, Reformprozesse kritisch begleiten und ihre Umsetzung mitgestalten. Und er benannte sich im Jahre 99 um, gerade noch rechtzeitig zum neuen Jahrhundert: Der Name Reichsbund war zwar traditionsreich, doch er schien für die Beteiligten zu antiquiert. Der neue Name „Sozialverband Deutschland“ signalisierte Modernität.

Das war sinnvoll. Doch die Aufgaben blieben dieselben.

Und sie wurden nicht leichter. Im Gegenteil. Es war – ich sage: ausgerechnet – eine rot-grüne Regierung, die in den Jahren 2003 und 2004 aus guten Gründen die Agenda 2010 vorantrieb – eine sozialpolitische Reform die angesichts der knappen Kassen notwendig erschien und in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland einzigartig war.

Ich persönlich finde, dass die Agenda 2010 mit dazu beigetragen hat, aus dem vielzitierten kranken Mann Europas die Wirtschaftslokomotive des Kontinents zu machen. Aber ich verstehe auch, warum der SoVD dagegen opponieren musste. Denn der Sozialabbau führte, wie wir heute wissen, in vielen Fällen doch zu einer himmelschreienden sozialen Schieflage. Und es kommt ja nicht von ungefähr, dass die Partei, die damals die Agenda federführend durchsetzte, sich heute doch aus guten Gründen vielfach davon distanziert.

Meine Damen und Herren, es ist nicht meine Aufgabe, die vielen Kämpfe und Erfolge aufzuzählen, die der Sozialverband erfochten und erreicht hat – und ebenso natürlich auch nicht die Schrecklichkeiten, die er mit verhindern konnte: für die Rentenversicherten, die Krankenversicherten, die pflegebedürftigen und die behinderten Menschen unseres Landes.

Das wissen Sie alle viel besser als ich. Was ich kann, ist Ihnen allen meine Anerkennung dafür auszusprechen. Ihre Arbeit ist nicht laut und spektakulär. Doch ist sie für die Menschen, die es angeht, lebenswichtig, manchmal sogar überlebenswichtig. Und sie ist unverzichtbar für die innere Balance, das innere Gleichgewicht in unserer Gesellschaft. Die Würde des Menschen ist unantastbar – für diesen ersten Satz unserer Verfassung sind SIE mit Ihrer Arbeit immer eingestanden.

Meine Damen und Herren, Ihr Verband hat nicht nur die deutsche Sozialgesetzgebung maßgeblich beeinflusst. Er stand in den 100 Jahren seiner Existenz immer, wirklich immer, auf der guten, der lichten Seite unserer Geschichte. Dafür und für vieles andere darf man ihm und darf man Ihnen allen herzlich gratulieren. Was für ein Hundertjähriger!!!

Herzlichen Dank!